



2025 soll der Umbau des Landesarchivs abgeschlossen sein. Das Land muss jedoch Millionen nachschießen. Foto: TT/Liebl

Kosten für Archiv steigen um 5,6 Mio. €

Weil erneut auf Basis einer überholten Kostenschätzung gebaut wird, verteuert sich der Umbau des Landesarchivs auf bis zu 27 Mio. Euro.

Innsbruck – Hochbaureferent und Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer ist wahrlich nicht zu beneiden. Im Oktober 2022 hat er die Agenden von seinem Vorgänger Hannes Tratter übernommen, seither muss er die Kosten für Bauvorhaben des Landes stets nach oben korrigieren. Der geplante Neubau des Management Centers Innsbruck (MCI) stellt mit Aufwendungen von bis zu 300 Millionen Euro alles in den Schatten, der Regierungsbeschluss für den zweiten Anlauf fixierte 2019 noch einen Rahmen von 135 Mio. Euro.

„Die unvorhersehbaren Zusatzkosten konnten erst bei der Umsetzung festgestellt werden.“

LHStv. Georg Dornauer/SPÖ (Hochbaureferent)

Doch das MCI ist nur die finanzielle Spitze des Eisbergs. Beinahe im Monats-Takt werden die Budgets für Landesvorhaben erhöht. Jetzt für den Umbau des Landesarchivs in der Innsbrucker Michael-Gaismair-Straße.

Im Oktober 2020 beschloss die Landesregierung die Erweiterung der Archivspeicher, die Sanierung der bestehenden Depots und den Bau eines neuen Lesesaals. 21,35 Mio. Euro wurden dafür veranschlagt. Der Lesesaal wird künftig das Aushängeschild sein. Als schwebende Holzkonstruktion ist er das Herzstück und verbindet das Hauptgebäude mit den an der südlichen Grundstücksgrenze liegenden Speichergebäuden.

Vor zwei Jahren erfolgte der Baustart. Doch die Kosten halten nicht. „Da es sich um einen äußerst komplexen Umbau handelt, konnten die unvorhersehbaren Zusatzkosten erst bei der Umsetzung des Projekts festgestellt werden“, betont Dornauer. Die Annahmen aus den Bestandsunterlagen hätten sowohl in statischer Hinsicht (Belastbarkeit der Decken über dem Archiv) als auch inhaltlich (Wiederwertbarkeit von Bauteilabdeckungen) nicht der Realität entsprochen. Doch damit nicht genug: Die Schutz- und Sicherheitsanforderungen trieben die Aufwendungen ebenfalls in die Höhe.

Laut Dornauer betragen die unvorhersehbaren Zusatzkosten rund 3,2 Mio. Euro, sodass unter Berücksichtigung der Indexierung und Kostentoleranz des ursprünglichen Regierungsantrags Errichtungskosten in Höhe von maximal 27 Mio. Euro bis zum voraussichtlichen Fertigstellungstermin im Herbst 2025 zu erwarten sind. Damit schlagen Mehrkosten von 5,6 Mio. Euro zu Buche, die schwarz-rote Landesregierung hat deshalb im Juni eine Budgetaufstockung von 3,2 Mio. Euro abgesehen.

Wird Eiskanal noch teurer?

Für ein weiteres Bauvorhaben, die Sanierung des Iglar Eiskanals, muss möglicherweise noch einmal nachgebessert werden. Zuletzt erfolgte bereits eine Anpassung um 3,4 auf 30,8 Mio. Euro. Schlussendlich wird eine Kostensteigerung auf bis zu 36 Mio. Euro nicht ausgeschlossen. (pn)

Vater und Tochter zeigten Wolfsgruß: 400 Euro Strafe

Foto in sozialen Medien verbreitet, Verwaltungsgericht bestätigt Strafe. LR Mair: „Ein solches Gedankengut vergiftet unsere liberale Gesellschaft.“

Von Peter Nindler

Innsbruck – Bei der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland sorgte der türkische Nationalspieler Merih Demiral mit seinem Wolfsgruß für einen Eklat. Vom Europäischen Fußballverband UEFA wurde er dafür für zwei Spiele gesperrt. Der Wolfsgruß ist vor allem eine Geste der ultranationalistischen „Grauen Wölfe“ in der Türkei. Sie sind Anhänger der rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung“, die nicht nur in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Seit 2019 ist der Wolfsgruß in Österreich verboten (Symbole-Gesetz). Doch auch in Tirol kommt es immer wieder vor, dass bei Demonstrationen oder in den sozialen Netzwerken der Wolfsgruß gezeigt wird. So auch in einem Fall, der das Landesverwaltungsgericht zuletzt über Monate beschäftigt hatte. Jetzt wurde das Urteil der Bezirkshauptmannschaft allerdings bestätigt. Der Betroffene mit Migrationshintergrund muss eine Verwaltungsstrafe von 400 Euro zahlen.

Auf seiner Facebook-Seite hatte er nämlich ein Foto verbreitet, auf dem er und seine Tochter abgelichtet sind. Beide zeigen den Wolfsgruß. Außerdem sind auf dem Bild im Hintergrund drei Halbmonde zu erkennen. Gegen die Strafe der Behörde legte der Mann Berufung ein und erklärte, dass er sich von jeglichem Gedankengut bzw. Ideengut der im Symbole-Gesetz genannten terroristischen Organisationen distanzieren. Darüber hinaus stehe er auch in keinem Naheverhältnis zu den Grauen Wölfen. Das Symbol des „Grauen Wolfes“ und der Wolfsgruß hätten in der türkischen Mythologie schließlich eine außerordentlich wichtige Bedeutung. „Der Wolf als heiligstes und höchstes Totem-Tier der Türken spiele in vielen Sagen und Mythen eine wichtige Rolle“, fügte der Mann als Erklärung hinzu.



Im Gegensatz zu Österreich ist der Wolfsgruß in Deutschland nicht verboten. Foto: imago/Schlenk

Widerspruch zu Grundwerten Das Landesverwaltungsgericht konnte er damit nicht überzeugen. Denn umfangreich durchgeführte Recherchen ließen für das Gericht jegliche (allfällig) andere Deutungsmöglichkeit dieser Geste als jene einer Sympathiebekundung für die Grauen Wölfe ausscheiden. „Es soll durch die Bestrafung gegenüber der Allgemeinheit und gegenüber dem Beschwerdeführer zum Ausdruck gebracht werden, dass das Agieren von Gruppierungen in Österreich, deren Ziele im Widerspruch zu den Grundwerten der Republik Österreich und zum Prinzip der gesellschaftlichen Pluralität stehen, nicht akzeptiert wird und unter anderem auch die Verwendung von deren Symbolen in der Öffentlichkeit



Foto: Springer

„In Tirol haben Extreme keinen Platz. Ein solches Gedankengut gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land.“

Astrid Mair/ÖVP (Sicherheitslandesrätin)

bestraft wird“, heißt es in der Begründung.

Die Landesrätin für Sicherheit und Generationen, Astrid Mair (ÖVP), begrüßt das konsequente Vorgehen der Behörden. „In Tirol haben Extreme keinen Platz! Symbole und Gesten, die extremistisches Gedankengut verherrlichen,

sind zu Recht verboten – von Nazi-Symbolen bis hin zum Wolfsgruß.“ Die Grauen Wölfe seien eine extremistische Organisation, die versuche, radikale Ansichten auch nach Österreich und Tirol zu importieren. Mair: „Auf diesem Auge dürfen wir nicht blind sein, deshalb ist es gut, dass die Härte des Gesetzes greift.“

Auf Basis des Verbots verfolgen laut Mair Exekutive, Behörden und Gerichte in Tirol einen konsequenten Weg. „Für mich gilt in dieser Frage eine Null-Toleranz-Politik, weshalb sich Tirol vehement gegen jede Art von Extremismus und ausländischem Nationalismus stellt. Es gilt alles zu unternehmen, damit diese extremen Tendenzen und Personen erst gar nicht in Österreich und Tirol Fuß fassen können.“ Ein solches Gedankengut vergifte „unsere liberale Gesellschaft und gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land“, verurteilt ÖVP-Politikerin Mair jede Art des Extremismus.

Politik in Kürze

Beim Antrieb scheiden sich die Geister

Bei der ersten Sitzung des neuen Europaparlaments wurden gestern **Sophia Kircher** (ÖVP) und **Gerald Hauser** (FPÖ) offiziell angelobt. „Ich werde vehement auf die Sonderstellung Tirols beim Transit-Thema hinweisen und einfordern, dass sie dementsprechend berücksichtigt wird. Bei den brennenden Themen braucht es endlich mehr Mut zu einem echten Europa der Regionen. Dasselbe gilt beim Thema Problemwolf“, kündigt Kircher an.

Einmal mehr fordert die Liste Fritz eine Rechnungshofprüfung bei der Zillertalbahn, bevor die Landesregierung Tiroler Steuergeld zuschießt. „Unter der



Sophia Kircher mit EVP-Chef Manfred Weber. Foto: ÖVP

Ägide von Aufsichtsratschef **Franz Hörnl** ist die Luftblase vom Wasserstoffzug aufgeblasen worden, obwohl die Molinari-Studie schon 2017 wissenschaftlich fundiert belegt hat, dass Wasserstoff die am wenigsten geeignete Antriebsart für die Zillertalbahn ist“, sagt Klubchef **Markus Sint**. Er

forciert weiterhin als beste Antriebsart für die Zillertalbahn die Oberleitung, die Umrüstung der Schmalspurbahn auf Normalspur sei eine Jahrhundertchance für das Zillertal und ordentlich zu prüfen. Die Kosten für eine Umspurung wären laut Land jedoch enorm und würden mindestens 340 Mio. Euro betragen.

Völlig „pauschal und dennoch komplett an jedem Ziel vorbei“: So reagiert SPÖ-Klubobfrau **Eli-sabeth Fleischanderl** auf die FPÖ-Kritik an der Bewältigung von aktuellen Herausforderungen wie dem MCI-Neubau. „Wie die Landesregierung beim MCI vorgeht, verkehrt den jüngsten

Ansatzversuch der FPÖ ins Gegenteil.“ Weil eben nicht einfach Unsummen verschleudert würden. Und die Kritik am Flüchtlingswesen geht für Fleischanderl angesichts der positiven Entwicklung bei der Flüchtlingsgesellschaft TSD völlig ins Leere. (pn)



Sint fordert erneut Normalspur bei der Zillertalbahn. Foto: Böhm